

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 29 (1979)

Heft: 2

Artikel: Die Entwicklung nach dem Ende des zweiten Weltkrieges : die Kritik einer Interpretation

Autor: Vancura, Georg

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-80825>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE ENTWICKLUNG NACH DEM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Die Kritik einer Interpretation

VON GEORG VANCURA

1. Die wirtschaftlichen Probleme

Die politische Entwicklung in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bietet wegen ihrer Komplexität genügend Möglichkeiten für weitere Forschung. Angesichts der Unmöglichkeit in Dokumente sozialistischer Staaten Einsicht nehmen zu können, verspricht nur die Anwendung neuer Forschungsmethoden neue Forschungsergebnisse. Einen derartigen Versuch hat Alex P. Schmid unternommen¹, indem er versuchte, die amerikanische Aussenpolitik der Nachkriegszeit durch eine wie er schreibt «sozialimperialistische Interpretation» zu erklären. Den Bezugspunkt seiner Untersuchung bildete die wirtschaftliche Lage der USA, v. a. dann die Probleme der Arbeitslosigkeit und der Ausfuhren. Die Aufgabe der Regierung bestand demnach darin, die sozialen Konflikte abzuschwächen und die inneren politischen Machtverhältnisse zu verteidigen durch den Gebrauch aggressiver Expansionspolitik. Im folgenden wird es darum gehen, auf einige Unzulänglichkeiten dieses Erklärungskonzeptes hinzuweisen.

Es ist immer zu begrüßen, dass in der Forschung neue Wege beschritten und neue Forschungsmethoden angewandt werden. In der Regel handelt es sich um Detailstudien, die nur einen, vermeintlich den wichtigsten Aspekt eines Prozesses untersuchen, oder um Analysen, deren Fragestellung zwar allgemein ist, deren Methoden dann aber nur bestimmte Antworten zulassen. Ihr Beitrag zu den bereits bestehenden Forschungsergebnissen sollte dann nach ihrem Erklärungswert gemessen werden. Im Prinzip gilt die Regel, dass komplexe politische Prozesse sich nicht durch monokausale Analysen erklären lassen. Natürlich müssen auch Teilanalysen erstellt werden; dann ist aber ihre Aussagekraft entsprechend eingeschränkt. Monokausale und eindimensionale Erklärungsversuche führen einerseits zur Überbetonung eines Aspekts und andererseits verunmöglichen sie die Bestimmung der Bedeutung und der Rolle anderer Komponenten.

Bereits der Versuch, die amerikanische Aussenpolitik durch wirtschaftliche Zusammenhänge zu erklären, stellt eine jener Vereinfachungen dar, welche den komplizierten Sachverhalt auf unzumutbare Art reduzieren. Dadurch geht sowohl die politische Komponente der amerikanischen Entscheidungsprozesse als auch die Komplexität der Weltpolitischen Situation der damaligen Zeit verloren. Als schwerwiegender Nachteil zeigt sich noch das völlige Fehlen der Analyse sowjetischer

1 SCHMID, ALEX P., *Die Expansion des Amerikanischen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg – eine sozialimperialistische Interpretation*, in Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 27. Jg., Heft 4, 1977, S. 441–482.

Aussenpolitik jener Jahre, sowie die Betrachtung des Wiederaufbaus in Europa. Trotz der gut dokumentierten Untersuchungsarbeit ist es A. Schmid nicht gelungen, die oben erwähnten Nachteile zu vermeiden.

In seiner Analyse wird das Problem der Arbeitslosigkeit zu stark betont. Dabei hat es während des Krieges keine Arbeitslosen gegeben und es ging nur darum, die zu demobilisierenden Soldaten in den Arbeitsprozess einzugliedern. Dass über dieses Problem eine Diskussion geführt wurde, in der verschiedene Ansichten über die Lösung dieses Problems geäussert wurden, gehört zu typischen Erscheinungen demokratischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse. Dass später die Gefahr einer hohen Arbeitslosigkeit durch gesetzgeberische Massnahmen wie die «G.I. Bill of Rights» und die «Employment Act» von 1946 bzw. durch die ansetzende wirtschaftliche Entwicklung weitgehend gebannt wurde, veranlasste A. Schmid nicht zur Korrektur seiner Ausführungen. Auf jeden Fall erwies sich die Arbeitslosenfrage in den USA nicht als systembedrohendes Phänomen, das die Regierung zu weitgehenden aussenpolitischen Aktionen gezwungen hätte. Ergänzend sollte erwähnt werden, dass die Demobilisierung von Soldaten und Offizieren auch in einem planwirtschaftlich organisierten System mit Schwierigkeiten verbunden war. Die von N. S. Chruschtschow im Jahre 1960 durchgeführte Reorganisation der Sowjetischen Armee bedeutete für viele Soldaten und Offiziere die Bedrohung ihrer Existenz und mancher von ihnen fand gezwungenermassen die einzige Verdienstmöglichkeit in der Landwirtschaft². Die Wiedereingliederung von Soldaten in die Wirtschaft ist deswegen als ein allgemeines, nicht nur ein bestimmtes politisches System betreffendes Phänomen anzusehen.

Auch die Frage danach, ob die USA auf wirtschaftliche Auslandexpansion angewiesen waren, um ein bestimmtes Produktionsniveau zu erhalten, ist grösstenteils unrichtig. Im Mittelpunkt der (ausser)politischen Entscheidungen stand während der Nachkriegszeit die Frage, wie man die durch den Krieg vernichtete Wirtschaft in Europa wieder aufbauen könnte. Damit war auch die Frage nach internationalen Institutionen aufgeworfen, die eine stabile Weltwirtschaft und ungehinderten Handel garantieren würden. Im Jahre 1947 ist es klar geworden, dass sich die UdSSR nicht an wirtschaftlicher Entwicklung in Europa beteiligen wollte. Es ging ihr vielmehr um politische Ausnützung der Probleme jener Staaten, die mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Trotzdem erwogen die USA wirtschaftliche Wiederaufbauhilfe für alle europäischen Staaten, einschliesslich der UdSSR. Im Juni 1947 regte der damalige amerikanische Aussenminister George Marshall ein gemeinsames europäisch-amerikanisches Programm für Wiederaufbau an und machte zugleich klar, dass sich dieses Programm gegen keine Doktrin, sondern nur gegen Armut richtete³. Wesentlicher Bestandteil des Marshallplans war der Vorschlag, dass sich die europäischen Staaten über ihre Bedürfnisse einigen sollten und ein Programm aufstellten, damit sie in den Genuss amerikanischer Wirtschaftshilfe kämen und der Wiederaufbau dadurch gemeinsam realisiert werden könnte⁴. Dies widerlegt die Behauptung von A. Schmid, dass es den USA um «die Freiheit der offenen Tür für den amerikanischen Kapitalismus» ging⁵. Es fanden nämlich Beratungen über den Marshallplan im Rahmen der Europäischen Wirtschaftskommis-

2 Oleg Penkowskij – *Geheime Aufzeichnungen*. Hg. von FRANK GIBNEY. München/Zürich, Droemer/Knaur, 1966. S. 171f., 176ff.

3 PRICE, HARRY B., *The Marshall Plan and its Meaning*. Ithaca N.Y., Cornell, 1955.

4 PRICE, HARRY B., *Op. cit.*, siehe auch GEORGE F. KENNAN, *Memoiren eines Diplomaten*. Stuttgart, Henry Goverts, 1969. S. 328–356.

5 SCHMID, ALEX, P., *Op. cit.*, S. 478.

sion statt, welche vom Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen gegründet wurde und deren Mitglieder auch osteuropäische Staaten und die UdSSR waren. A. Schmid kann nicht erklären, wie die USA durch diesen komplizierten Entscheidungsmechanismus massgebend Einfluss ausüben konnten. Es geht ihm auch nicht darum zu erklären, warum die UdSSR den damals noch souveränen, aber in ihren Machtbereich liegenden Staaten, der Tschechoslowakei und Polen, die bereits beschlossene Teilnahme am Marshallplan verbieten konnte. Die UdSSR weigerte sich an diesen Programmen mitzuarbeiten, weil sie sich von wirtschaftlichen Schwierigkeiten der europäischen Staaten politische Gewinne versprach. Sie gründete dann ihrerseits im Jahre 1947 die Kominform, mit deren Hilfe sie versuchte auf das politische Leben in Westeuropa Einfluss auszuüben. Dies galt vor allem für Frankreich und Italien. Eine weitere Aufgabe der Kominform bestand darin, alle kommunistischen Bewegungen auf eine einheitliche Linie zu verpflichten, bzw. die Aktivitäten dieser Bewegungen besser kontrollieren und koordinieren zu können.

Die sich so abzeichnende Spaltung in Europa machte die Wirtschaftshilfe für Westeuropa noch wichtiger. Denn nur durch schnelle wirtschaftliche Entwicklung konnte auch die politische Lage stabilisiert werden. «Heute müssen wir erkennen, dass die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität Westeuropas dringlich und von erster Wichtigkeit ist.»⁶ Die sich bald abzeichnende wirtschaftliche Zusammenarbeit in Westeuropa bedurfte noch einiger Unterstützungsmassnahmen, um die Gefahren des Protektionismus abzuwenden und freien Warenaustausch zu ermöglichen. Diesem Ziel diene sowohl die Schaffung des Internationalen Währungsfonds im Jahre 1944, mit dessen Hilfe man versuchte 1) internationale Liquidität durch die Schaffung von Sonderziehungsrechten zu erhöhen, und 2) geordnete Währungsbeziehungen durch feste Wechselkurse aufrechtzuerhalten. Die Finanzierung kapitalintensiver Aufbauprojekte sollte dann zusätzlich durch die Weltbank ermöglicht werden.

Daraus geht klar hervor, dass der Wiederaufbau in Europa und die dafür notwendige Schaffung von wirtschaftlichen Institutionen den Ausgangspunkt für amerikanische Politik bildeten. Die Interpretation von A. Schmid stimmt auch aus einem anderen Grund nicht. Der Anteil der Exporte am amerikanischen Bruttosozialprodukt lag seit 1945 jeweils zwischen 5–10%. Die Argumentation, dass die USA wegen dieses kleinen Anteils imperiale Politik treiben müssten, ist nicht richtig.

2. Die politischen Probleme

Im ersten und längeren Teil seines Artikels stützte sich A. Schmid auf die Auswertung umfangreichen Materials, das allerdings nicht nach objektiven Kriterien ausgewählt worden ist. Der zweite Teil seines Artikels soll die Fortsetzung des ersten sein und beinhaltet einige Hypothesen über die amerikanische Aussenpolitik.

«Der kalte Krieg erscheint in dieser Perspektive doch deutlich als ein Resultat einer aus inneren Systemzwängen stammenden imperialen Politik der Vereinigten Staaten. Was die Sowjetunion tat, war nicht viel mehr, als das von den Roten Armeen besetzte Gebiet den amerikanischen wirtschaftlichen Durchdringungsversuchen vorzuenthalten, was eine eher defensive Strategie war ...»⁷.

Solche Hypothesen lassen sich weder historisch noch politisch begründen; sie sind vielmehr als ideologisch motivierte Erklärungsversuche anzusehen. Im folgenden

6 KENNAN, GEORGE F., Op. cit., S. 336.

7 SCHMID, ALEX P., Op. cit., S. 478.

wird versucht, durch einen kurzen historisch-politischen Abriss der Nachkriegszeit eine Gegendarstellung vorzulegen.

Wie sehr die Argumentation von A. Schmid an historischen Tatsachen vorbeigeht ist daraus ersichtlich, wenn man die Rolle der USA in globalen politischen Rahmen stellt. Bereits im Ersten Weltkrieg hat sich gezeigt, dass dieser nur durch das Eingreifen der USA gewonnen werden konnte. Während der Zwischenkriegszeit traten die USA von der Weltpolitischen Bühne ab und wählten den Weg in den Isolationismus. Die Europäischen Staaten andererseits zeigten sich unfähig, ein stabiles politisches System aufzubauen, was zu dem schlimmsten aller Kriege führte. Der Zweite Weltkrieg konnte gegen die totalitären Staaten nur durch die Anstrengungen der USA und der UdSSR gewonnen werden. Ohne die entscheidende Hilfe der USA hätten die demokratisch regierten Länder den Kampf gegen den Totalitarismus nicht gewinnen können. Sie hätten nach dem Ende des Krieges aus eigener Kraft nicht ein stabiles politisches System aufbauen können, das die Prinzipien garantiert hätte, für die sie solange gekämpft haben. Aus diesem Grund war das Eintreten der USA in die Weltpolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine zwingende Notwendigkeit⁸. Die Alliierten im Westen begrenzten ihre Zusammenarbeit während des Krieges nicht nur auf die Führung militärischer Operationen, sondern planten gemeinsam an verschiedenen Konferenzen die politische Zukunft Europas.

Für die Wiederherstellung der europäischen Ordnung wurde der Grundstein an der Konferenz der drei Grossmächte USA, Grossbritannien und UdSSR in Jalta, im Jahre 1945 gelegt. In der Erklärung über das befreite Europa steht folgendes:

«Die Wiederherstellung der Ordnung in Europa und der Aufbau des nationalen Wirtschaftslebens muss in einem Verfahren erreicht werden, das es den befreiten Völkern ermöglicht, die letzten Spuren des Nazitums und Faschismus auszulöschen und demokratische Einrichtungen nach eigener Wahl zu schaffen.

Dies ist ein Grundsatz der Atlantik-Charta – das Recht aller Völker die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen –, die Wiederherstellung der souveränen Rechte und der Selbstregierung für jene Völker, die ihrer von den Angreifern gewaltsam beraubt worden sind.»⁹

Bei der Auslegung und Anwendung dieser Prinzipien haben sich zwischen der UdSSR einerseits und den Westalliierten andererseits bald tiefgreifende Unterschiede abzuzeichnen begonnen. Die USA versuchten, die Zusammenarbeit der UdSSR durch Entgegenkommen in einigen Fragen zu sichern (so z. B. in der polnischen Frage) und durch die Gründung der Vereinten Nationen, ein supranationales Friedenssicherungsinstrument zu etablieren. Die in machtpolitischen Termini denkenden und handelnden Sowjets konzentrierten sich auf die Sicherung eigener Sicherheit und auf die Ausweitung ihres Machtbereichs nach Ost- und Mitteleuropa.¹⁰ Über die einzuschlagende Strategie bestanden hinsichtlich der Ziele keine Unklarheiten. Stalin formulierte sie im April 1945 mit aller Deutlichkeit:

«This war is not as in the past; whoever occupies a territory imposes on it his own social system. Everyone imposes his own system as far as his army can reach. It cannot be otherwise.»¹¹

8 HOFER, WALTHER, *Von der europäischen zur globalen Weltgeschichte*, in: *Festgabe Hans von Greyerz zum sechzigsten Geburtstag*. Bern, Herbert Lang, 1967. S. 49–67.

9 RESSIN, GERD, *Versagte der Westen in Jalta und Potsdam? Ein dokumentarischer Wegweiser durch die alliierten Kriegskonferenzen*. Frankfurt am Main, Athenaeon, 1970. S. 116f.

10 Ähnlich äusserte sich Helmut Sonnenfeldt, früherer Berater im amerikanischen Aussenministerium, im Gespräch mit dem Verfasser in Zürich am 3. 4. 1979.

11 DJILAS, MILOVAN, *Conversations with Stalin*, trans. by M. B. PETROVICH. New York, Harcourt, Brace & World, 1962. S. 114.

Sowjetische Aussenpolitik lässt sich auch durch ihre ideologische Position erklären. Sie machte die Verbreitung des Kommunismus und revolutionärer Entwicklung weitgehend vom Kriege abhängig: sowohl der Erste als auch der Zweite Weltkrieg hätten den revolutionären Prozess stark unterstützt¹².

An der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 verfolgte die amerikanische Delegation gegenüber der UdSSR keine harte Linie, obwohl die USA über Atomwaffen verfügten. Weder die konziliante amerikanische Haltung, noch der Besitz der Atombombe übten jedoch einen mässigenden Einfluss auf die Haltung der sowjetischen Delegation. Ganz im Gegenteil Stalin zeigte ein ausgeprägtes Interesse an der Sicherung von Basen sogar im Mittelmeer. Gleichzeitig waren sowjetische Bemühungen um eine Kontrolle über Mitteleuropa kaum mit den Prinzipien der Jalta-Konferenz in Einklang zu bringen. Die Anwesenheit der Roten Armee in Mitteleuropa, die Tätigkeit der kommunistischen Parteien sowie direkte und indirekte sowjetische Einflussnahme führten schliesslich zur sowjetischen Beherrschung. Diese Politik führte mittelbar oder unmittelbar zur Etablierung sowjetischer Hegemonie über Bulgarien, Polen, Ungarn, Rumänien, die DDR und die Tschechoslowakei¹³. Die nicht-kommunistischen Parteien und Organisationen sind nicht nur aus den Regierungen, sondern aus dem politischen Leben überhaupt verdrängt worden. Auch in anderen Teilen der Welt war die UdSSR bemüht, ihren Machtbereich auszuweiten, so z. B. in Griechenland, in der Türkei, in Persien und in Indochina.

Hinter diesen politischen Aktivitäten stand die Rote Armee, die in Europa an relativer Stärke seit Ende des Krieges nichts eingebüsst hat. Während die Amerikaner ihre Truppen im pazifischen Raum für neue Operationen konzentrierten oder sie bereits demobilisierten, nahm die Kampfkraft sowjetischer Truppen nicht ab¹⁴. Die Zahl der Alliierten Streitkräfte sank von ihrer Kriegsstärke von etwa 5 Millionen auf weniger als 880 000. Die UdSSR behielt aber 4 Millionen Mann unter den Waffen, davon 1 Million in Osteuropa¹⁵. Dieses militärische Potential bot die Möglichkeit, Ost- und Mitteleuropa unter sowjetischer Kontrolle zu halten und Westeuropa ständig zu bedrohen, um eine amerikanische Einmischung in Osteuropa auszuschliessen. Die UdSSR versprach sich von dieser Strategie eine völlige Handlungsfreiheit im eigenen Machtbereich und hoffte gleichzeitig, die USA durch die Bedrohung Westeuropas abzuschrecken. Die Blockade Berlins im Jahre 1948 rundet die sowjetische Politik ab.

Wenn A. Schmid schreibt, dass die UdSSR nicht gekämpft hat, um die Welt für britische Händler sicherer zu machen, so kann man mit grösserem Nachdruck argumentieren, dass die Westalliierten nicht gekämpft haben, damit die Staaten in Ost- und Mitteleuropa unter sowjetische Hegemonie gerieten. Ende der vierziger Jahre standen die USA vor der Aufgabe ihre Politik gegenüber der UdSSR und den osteuropäischen Staaten neu zu konzipieren. Sie hatten grundsätzlich die Wahl zwischen direktem militärischem Eingreifen einerseits oder dem Anerkennen des status-quo andererseits. Die amerikanische Antwort auf die sowjetische Herausforderung berücksichtigte die politischen Gegebenheiten und beschränkte sich auf politische und wirtschaftliche Massnahmen. Auf den Einsatz militärischer Macht haben die USA

12 KUUSINEN, O. W., *Osnovy marksizma leninisma* (Thesen des Marxismus-Leninismus). Moskau, Gospoloizdat, 1959.

13 FEJTÖ, FRANÇOIS, *Die Geschichte der Volksdemokratien*. Bd. 1, Graz, Wien und Köln, Styria, 1972.

14 STIMSON, H. L., BUNDY, M., *On Active Service in Peace and War*. New York, Harper, 1947. S. 637f.

15 New York Times vom 12. 5. 1947, auch in MACKINTOSH, M., *Juggernaut, The Russian Forces 1918–1966*. New York, McMillan Co., 1967. S. 271.

auch während der Blockade Berlins verzichtet. Schliesslich bediente sich die amerikanische Diplomatie nicht des Atommonopols und dieses hatte keinen Einfluss auf internationale Beziehungen¹⁶.

Bei der Ausarbeitung der neuen amerikanischen aussenpolitischen Konzeption ging man von einer pessimistischen Lageeinschätzung aus. Diese wurde sehr deutlich in einem wichtigen Bericht des Subcommittee on Foreign Policy Information of the State-War-Navy Coordinating Committee zum Ausdruck gebracht:

«One of the primary objectives of the foreign policy of the United States is the creation of conditions in which we and other nations will be able to work out a way of life free from coercion. This was a fundamental issue in the war with Germany and Japan.

To ensure the peaceful development of nations, free from coercion, the United States has taken a leading part in establishing the United Nations ...

The peoples of a number of countries of the world have recently had totalitarian regimes forced upon them against their will. The Government of the United States has made frequent protests against coercion and intimidation, in violation of the Yalta agreement, in Poland, Rumania and Bulgaria ...

At present moment in world history nearly every nation must choose between alternative ways of life. The choice is too often not a free one.»¹⁷

Einige Passagen dieses Berichtes fanden die Aufnahme in die Rede von Präsident Truman, die er am 12. März 1947 vor dem amerikanischen Kongress hielt. Der wichtigste Satz seiner Rede lautete:

«I believe that it must be the policy of the United States to support free peoples who are resisting attempted subjugation by armed minorities or by outside pressures.»¹⁸

Da die Truman-Doktrin noch keine konkreten Massnahmen enthielt – von der Hilfe für die Türkei und Griechenland abgesehen –, bedurfte es noch weiterer Konkretisierung. Die von George F. Kennan stammende «policy of containment» war die politische, der Marshallplan dann die wirtschaftliche Ergänzung der Truman-Doktrin.

«... the Soviet pressure against the free institutions of the Western world is something that can be contained by the adroit and vigilant application of counterforce at a series of constantly shifting geographical and political points, corresponding to the shifts and manoeuvres of Soviet policy.»¹⁹

Die Politik der Eindämmung war keine aktivistische, expansive Politik, sondern eine langfristig angelegte politische Strategie für die Erhaltung des status-quo, bzw. seine friedliche Änderung. Sie bedeutete zugleich auch den Abschied von der Idee, den Frieden durch die Zusammenarbeit mit der UdSSR und/oder durch die UNO zu sichern. Deutlich geht jedoch aus diesen Dokumenten hervor, dass das primäre Ziel der amerikanischen Aussenpolitik die Erhaltung demokratischer Institutionen war, für welche die sowjetische Expansion die grösste Gefahr darstellte. Angesichts der Tatsache, dass sich die Kriegsgeschwächten westeuropäischen Staaten nicht einzeln verteidigen konnten, wurde am 4. April 1949 in Washington der Nordatlantikpakt unterzeichnet. Dieser Vertrag war die westliche Antwort auf sowjetische politische Aktivitäten in Europa, welche ihren Höhepunkt in den Prager Ereignissen

16 MEE, CHARLES, *Die Teilung der Beute*. Wien, F. Molden, 1977.

17 HALLE, LOUIS J., *The Cold War as History*. London, Chatto & Windus, 1971. S. 120.

18 HALLE, LOUIS J., *Op. cit.*, S. 121.

19 KENNAN, GEORGE F., *The Policy of Containment*, S. 121, in RAKOVE MILTON L., *Arms and Foreign Policy in the Nuclear Age*. New York, London, Toronto, Oxford, 1972. S. 120–124.

vom Februar 1948 und in der Blockade Berlins fanden. Die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft in Westeuropa war von grosser Wichtigkeit, weil sich 14 westliche Divisionen mit 175 sowjetischen Divisionen konfrontiert sahen²⁰.

Diese Ausführungen waren notwendig, um die Komplexität und vor allem die Interdependenz der in Europa, in den USA und in der UdSSR getroffenen Entscheidungen zu beweisen. Denn es sind gerade diese Dokumente, welche die Interpretation von A. Schmid widerlegen und seine Untersuchungsmethode als zu eng erscheinen lassen. Die Erklärung komplexer Geschehnisse bedarf sowohl detaillierter als auch allgemeiner Untersuchungen. Die historische Wissenschaft darf nicht bei der blossen Inhaltsanalyse einiger weniger Dokumente stehen bleiben. Es müssen die bei der Entstehung der Dokumente relevanten Bedingungen erläutert und sowohl die vorangegangene als auch die spätere Entwicklung mitberücksichtigt werden. Die historische Analyse ist eine perspektivistische, d.h. Ereignisse ihrer Besonderheit, Bedeutung und Interdependenzen nach untersuchende Methode. Bei der Untersuchung der Teilaspekte oder Bedingungen eines grösseren Prozesses dürfen diese in ihrer relativen Bedeutung nicht überbewertet werden. Es darf niemals der Bezug vom partiellen und besonderen auf das allgemeine fehlen. Anders gesagt, nur eine Synthese und ein Bezug von Einzelstudien auf das Ganze, d.h. die Konfrontation der Teilergebnisse mit den bestehenden Dokumenten und die Berücksichtigung aller wichtigen Faktoren, ermöglichen ernstzunehmende Forschung und versprechen relevante Forschungsergebnisse.

20 HALLE, LOUIS J., Op. cit., S. 185f.

100 Jahre Eisenbahn im Glarnerland

Die Schiene öffnet ein Tal
Hundertjahrfeier der Strecke Glarus–Linthal

Ausstellung im Kunsthaus Glarus

1. Juni bis 26. August 1979
täglich geöffnet 10–12 und 14–18 Uhr

im Verkehrshaus der Schweiz, Luzern

31. August bis 25. November 1979

im Kunstgewerbemuseum der Stadt Zürich

8. Dezember 1979 bis 20. Januar 1980

Ausstellung im Dorfmuseum Linthal

Mittwoch, Samstag, Sonntag 14–17 Uhr
Auskünfte: Telephon 058/84 16 93
